

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

31.5.1928 (No. 126)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Beirteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Zusammentritt der neuen französischen Kammer

Erhebliche Schwierigkeiten für Poincaré

WTB. Paris, 31. Mai (Tel.) Die neugewählte französische Kammer tritt morgen nachmittag zusammen. Da etwa 75 bis 80 neugewählte Abgeordnete sich noch nicht entschlossen haben, welcher Fraktion sie sich anschließen gedenken, sind Angaben über die Stärke der einzelnen Fraktionen noch nicht möglich. Die morgige Sitzung ist eine rein formale. Nach der Begrüßung durch den Alterspräsidenten Sibille wird die Kammer sich in Ausschüsse gliedern, die die Wahlprüfung vorzunehmen haben. Erst nachdem ein Mandat mehr als die Hälfte für gültig erklärt wird, kann sich die Kammer für arbeitsfähig erklären, was frühestens am Dienstag kommender Woche geschehen kann. Es wird daher allgemein angenommen, daß frühestens Ende kommender Woche, wahrscheinlich aber erst in der Sitzung vom 12. Juni, das Ministerium Poincaré mit der in Aussicht gestellten Regierungserklärung über das Programm für die beginnende Legislaturperiode vor das Parlament treten kann.

Die Gruppierung der Parteien ist noch vollkommen unsicher. Dagegen scheint es zu einer klaren Scheidung zwischen Rechts und Links zu kommen. Die Gruppe Marin, die auf ihren Mandatsgewinn pocht, verlangt größere Beteiligung am Kabinett. Daraufhin haben die Radikal-Sozialen gestern beschlossen, den Gehbehandschuh aufzunehmen, falls die Rechtsrepublikaner nicht nachgeben, ihnen die Gesamtverantwortung für das Gesamtkabinett allein zu übertragen. Poincaré steht damit vor einer sehr schwerwiegenden Entscheidung, und es gilt jetzt als sicher, daß die Umbildung des Kabinetts nicht so leicht vonstatten geht, wie ursprünglich angenommen wurde.

Die französischen Radikalen

WTB. Paris, 31. Mai (Tel.) In der gestrigen Sitzung des Exekutivsausschusses der radikalischen Partei, erklärte der Vorsitzende, Daladier, u. a., für Frankreich hänge die Wiederherstellung seiner Finanzen von der endgültigen Liquidation des Weltkrieges, d. h. der Ausnutzung des Dawesplanes und von einer deutsch-französischen Verständigung über das Saargebiet und das Rheinland, sowie von der Regelung der interalliierten Schulden ab. Der Exekutivsausschluß nahm dann eine von dem Abg. Montigny vorgeschlagene Entschließung einstimmig an, in der er in dem Sieg der Parteien der Demokratie und des Friedens in Deutschland bei den Parlamentswahlen am 20. Mai ein Zeichen für die glückliche Entwicklung der europäischen Verständigungspolitik erblickt und beschließt, diese Aktion der europäischen Annäherung und der Konsolidierung des Friedens fortzusetzen. Zum Schluß hielt auch Herrriot eine Rede, in der er seine Zuversicht in die Tätigkeit der radikalischen Partei, der stärksten bürgerlichen Fraktion in der Kammer, zum Ausdruck brachte.

Briand in Paris

WTB. Paris, 31. Mai (Tel.) Wie der „Matin“ berichtet, ist Briand von seinem Landgut Coudré nach Paris zurückgekehrt, um an dem heute stattfindenden Kabinettsrat teilnehmen zu können, der den Nachfolger Fallières in der Leitung des Arbeitsministeriums bestimmen, über die Neuorganisation der Handelsflugschiffahrt Beschluß fassen und jedenfalls auch die Vertretung Frankreichs bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates besprechen wird. Briand hat gestern abend den Abgeordneten Boucheur empfangen.

Das Schicksal der „Italia“

Vom italienischen Nordpolarflugzeug „Italia“ ist weiter keine Kunde eingetroffen. Aus Kingsbay (Spitzbergen) wird gemeldet, daß das Schiff „Citta de Milano“ wieder dorthin zurückgekehrt sei. Die amerikanische Marinefunkstation Cordoba in Alaska wollte einen Funkpruch gehört haben, wie die „Citta di Milano“ eine Meldung über das Auffinden der „Italia“ nach Rom gab. Es wird jedoch angenommen, daß die Meldung vom dem Auffangen drahtloser Nachrichten der „Citta di Milano“ an Rom auf einen Aufnahmefehler beruht. Anscheinend stammen die Meldungen von Nobiles Bruder und nicht, wie zuerst angenommen wurde, von dem italienischen Forscher selbst. Auch in Rom war eine Bestätigung der Nachricht vom Auffinden der „Italia“ nicht zu erhalten.

Freibjef Hansen erklärte in einem Interview: Es ist mir unmöglich, irgend welche Vermutungen über das Schicksal der „Italia“ anzustellen, da es mir an Mitteilungen über die meteorologischen Bedingungen fehlt. Wenn die Italiener ihre Gewehre und Munition bei sich behalten können, dann wird es ihnen möglich sein, sich die erforderlichen Lebensmittel im Sommer zu beschaffen.

Der amerikanische Polarforscher, Kommandant Gunnar J. Nielsen, sagte in einem Interview, man müsse nach dem Luftschiff Nobiles auch bei Franz-Josephsland und bei Komaja Semlja suchen. Er bot für diese Aufgabe seine Hilfe an.

Letzte Nachrichten

Die Regierungsbildung im Reich

WTB. Berlin, 31. Mai (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichstagspräsidenten Löbe zu einer Besprechung über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage.

WTB. Berlin, 31. Mai (Tel.) Der Zentrumsparteivorstand ist heute vormittag um 11 Uhr im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch Reichskanzler Warg, Dr. Wirth und der von langer Krankheit wieder genesene Abg. Dr. Guérard teilnahmen.

Zum Besuch Benesch' in Berlin

M. Berlin, 31. Mai (Priv.-Tel.) Über den Besuch des tschechoslowakischen Ministers Benesch in Berlin werden im Ausland, zum Teil in gehässiger Form, Kombinationen verbreitet, die in den Tatsachen keine Begründung finden. Auch die Mutmaßung, daß Herr Benesch in der Aufschlußfrage umgefallen sei, dürfte jeder Begründung entbehren. Im Vordergrund der Berliner Verhandlungen haben überwiegend und in erster Linie finanzielle Fragen gestanden. Es handelt sich dabei um die Aufwertung der Markprioritäten in deutschem Besitz. Dabei sind zwei Gruppen von Papieren zu unterscheiden: Ehemalige österreichische Eisenbahnanleihen, die dinglich gesichert waren und daher nach deutscher Auffassung, wie unsere Hypotheken, das heißt mit 25 Proz. aufgewertet werden müssen, und ferner die österreichischen Staatspapiere, die zum Teil Valutakaufeln hatten, und wie die alten Silberanleihen, die nur in Silber ausgegahlt werden sollten. Deshalb ist Deutschland der Auffassung, daß sie höher aufgewertet werden müssen als unsere Papiermarkanleihen. Die Tschechen haben sich nur zu einem Satz von 2-2½ Proz. verstanden.

Rückzug der chinesischen Nordtruppen

WTB. Peking, 31. Mai. Tschangtschun hat den an der Eisenbahnlinie Peking-Hankau stehenden Nordtruppen den Befehl gegeben, sich auf den 20 Meilen südwestlich Peking liegenden Eisenbahnnotenpunkt Luilibo zurückzuziehen.

Nach einer dem japanischen Hauptquartier zugegangenen Meldung hat Tschangtschun beschlossen, sich von Peking zurückzuziehen, und ein Teil der nordchinesischen Truppen ist infolgedessen bereits auf dem Wege nach Mukden. Die japanischen Militärbefehle rechnen deshalb damit, daß schon in kurzer Zeit Peking in die Hände der südchinesischen Streitkräfte fällt.

WTB. Peking, 30. Mai (Tel.) Die Südtruppen haben die südlich von Peking liegende Stadt Baotingsu eingenommen.

Verhaftung des mexikanischen Generalkommandanten

WTB. Mexiko, 31. Mai (Tel.) Der Chef des Generalkommandos, General José Alvarez, hat von Präsident Calles den Abschied erhalten, weil er im Einvernehmen mit gewissen Ausländern die unberechtigte Einfuhr von Waren nach Mexiko zugelassen hat. Der „El Universal“ meldet, daß General Alvarez verhaftet und ins Polizeigefängnis übergeführt worden ist.

Bombenexplosion in Mexiko

WTB. Mexiko, 30. Mai (Tel.) Heute abend explodierte in dem Hauptwahlbüro des Generals Obregon eine Bombe. Es wurde nur geringer Schaden angerichtet. Personen kamen nicht zu Schaden.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Mittwoch den Reichsfinanzminister Dr. Brücher zum Vortrag.

Das Reichskabinett hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der Staatssekretär v. Schubert Bericht erstattete über die auswärtige Lage und die Aufgaben der Juni-tagung des Völkerbundrates. Ferner beschäftigte sich das Kabinett mit laufenden Angelegenheiten, darunter auch mit dem Hamburger Phosphatstreit. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Verbot kommunistischer Demonstrationen in Hamburg. Eine von den Kommunisten und dem Roten Frontkämpferbund für den kommenden Freitag geplante Gegendemonstration gegen den Stahlhelmschutz in Hamburg ist durch Senatsbeschluß verboten worden.

Berufung in den Reichswirtschaftsrat. An Stelle des Frh. v. Kerkerling zur Borg ist der Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes in Berlin-Dahlem als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen worden.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion ist zum 11. Juni, nachmittags, zu ihrer ersten Fraktionsitzung zusammenberufen worden.

Das Internationale Institut für Vereinheitlichung des Privatrechtes wurde in Rom eröffnet.

* Die Regierungsbildung und die Parteien

Erst die nächste Woche wird regelrechte Verhandlungen über die Frage der Regierungsbildung im Reiche bringen. Der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, empfängt heute den Besuch des Reichstagspräsidenten Löbe, um mit ihm die nächsten Schritte zu besprechen. Man rechnet damit, daß Herr Löbe entsprechend dem parlamentarischen Brauch, dem Reichspräsidenten empfehlen wird, den Vorsitzenden der stärksten und als Siegerin aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Fraktion, Herrn Hermann Müller von der Sozialdemokratie, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Ob dann Herr Müller selbst für sich das Amt akzeptiert oder dem Reichspräsidenten eine andere Persönlichkeit vorschlägt, ist eine Frage mehr personeller Natur.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokratie die Bildung der Regierung und damit die Hauptverantwortung für die zukünftige Gestaltung unserer inneren und äußeren Politik übernehmen wird, ist gegeben. Wie gemeldet wird, besteht unter den 152 Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie eine völlige Übereinstimmung über die Taktik der Partei allerdings nicht bzw. noch nicht. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird einen sogenannten „linken“ und „rechten“ Flügel haben. Und der „linke“ Flügel (in der Hauptsache bestehend aus den sächsischen Abgeordneten) wird grundsätzlich das Verbleiben in der Opposition einer Teilnahme an der Regierung, noch dazu einer maßgebenden Teilnahme, vorziehen. Aber nach Lage der Dinge ist wohl kaum anzunehmen, daß dieser linke Flügel so stark sein wird, daß er sich mit seinen Anschauungen und Absichten durchsetzt.

Von den wirklich einsichtsvollen Politikern der Sozialdemokratie wird ohne weiteres zugegeben, daß man das ganze Wahlergebnis nur als eine Mahnung an die Sozialdemokratie zur praktischen Mitarbeit in der Regierung selbst auffassen muß. Alle die Arbeiterwähler, die eine solche Politik der aktiven Beteiligung nicht wünschen, haben eben kommunistisch gewählt. Die Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hat sich nicht nur durch den Wahlkampf, sondern noch viel mehr durch das greifbare Resultat dieses Wahlkampfes verstärkt. Im übrigen wird es praktisch vor allem auf die Politik ankommen, die von der neuen Koalition unter Führung der Sozialdemokratie getrieben wird. Es gibt wohl keinen verantwortungsbewußten Politiker in Deutschland, der die Sozialdemokratie zu einer Politik veranlassen möchte, die ganz von selbst große Teile der sozialdemokratischen Wähler zu den Kommunisten hinüberzieht. Die Rücksicht auf den Kommunismus und seine Ausbreitung ist nicht nur eine sozialdemokratische Parteiangelegenheit, sondern eine Angelegenheit, an der alle staatspolitisch denkenden Parteien interessiert sind!

Offenbar wird dies von einem Teil der Deutschen Volkspartei sehr wohl eingesehen. Es liegen hier zwei sehr wichtige Pressestimmen vor. Die eine stammt aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem Organ der deutschen Schwerindustrie, die andere aus der „Kölnischen Zeitung“, dem angesehensten Blatt der Deutschvolksparteiler. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ geht von der Erkenntnis aus, daß es der Wirtschaft und speziell der Industrie unter der Herrschaft der „bürgerlichen“ Regierungen auch nicht gut gegangen sei. Die Industrie habe sich in all den Jahren gegen die Regierung durchgekämpft und noch schlechter gehen. Aber da seien doch einige sehr beachtenswerte Hemmungen.

„Erstens steht eine ganze Reihe von wahrscheinlichen Ministerkandidaten mitten im wirtschaftlichen Leben drin. Es gibt unter ihnen Männer, die von der Pike auf gebildet haben und die ganz klar einsehen, daß es dem Arbeiter nicht gut gehen kann, wenn kein Gewinn übrigbleibt. Sie haben die Winntatsachen begriffen, daß man die Henne nicht schlachten darf, die die goldenen Eier legt. Dugo Stinnes hat einen seiner großen Seeadamper „Karl Legien“ genannt, weil er in ihm einen Mann gefunden hatte, mit dem sich über diese Fragen vernünftig sprechen ließ. Solche Männer gibt es auch heute eine ganze Anzahl. Sie haben gelernt, mit den Tatsachen, mit der Wirklichkeit zu rechnen, und sie haben die krassen Theorien ihren Nachbarn zur Linken überlassen, die damit richtig ein ganzes großes Volk, das ganze russische Reich, langsam, aber sicher zugrunde richten. Die Sozialdemokratie weiß, daß das Schicksal des deutschen Volkes, die Zukunft Deutschlands von dem Wiederaufbau, von der Gesundung der deutschen Wirtschaft abhängt, von der Förde-

zung der Ausfuhr, von der Hebung der Kaufkraft im Innern, von der Wiederaufrichtung der Landwirtschaft. Und wir sehen keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sie dementsprechend handeln wird. Nicht aus Liebe zu den Industriellen, nicht aus Liebe zum Bürgertum, aber aus Eigenliebe, aus dem Selbstverhaltungstribe heraus.

Das sind sehr wertvolle und vernünftige Ausführungen. Auf einer ähnlichen Linie bewegt sich der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, dessen Hauptstellen lauten:

Man mag das Wahlergebnis betrachten, wie man will; in keinem Fall wird ein Sieg des „Marxismus“ daraus. Wäre es anders, dann müßte der Wahlerfolg der Kommunisten sehr viel größer sein, als er tatsächlich ist. Es geht nicht an, die Sozialdemokratische Partei ohne weiteres in den marxistischen Kampf zu werfen. . . . Wenn die Sozialdemokratie bereit ist, die verantwortliche Führung zu übernehmen, so ist es eine Forderung der politischen Klugheit, sie aus Ruher zu lassen und möglichst lang in der Verantwortung zu erhalten. Jede Art von Katastrophopolitik lehnen wir ab. Wie die Dinge nun einmal in Deutschland liegen, kann nur eine Politik des Ausgleichs dem Staatswohl dienen. Die „bürgerliche Seele“ der Sozialdemokratie zu stärken und nicht sie abzulösen, ist das Gebot der Stunde. Wir werden darum auch gut tun, die parteipolitische Terminologie der Vorkriegszeit aufzugeben und die Gruppierung der Parteien nach anderen Grundrissen vorzunehmen. Der sozialdemokratische Stimmzettel, sogar die sozialdemokratische Parteizugehörigkeit ist längst nicht mehr in jedem Fall ein Beweis marxistischer, „antibürgerlicher“ Gesinnung. Das Hin- und Herlaufen zwischen den Parteien vollzieht sich auch zwischen Bürgertum und Sozialismus. Gerade der Liberalismus hat allen Grund, das zu bedenken. Viele wertvolle Kräfte sind ihm am 20. Mai verlorengegangen, nicht nur nach rechts, auch weit nach links, und am 20. Mai haben zweifellos zahlreiche Wähler, die eigentlich zu ihm gehören, die Sozialdemokratie verstärkt. Der kommunistische Stimmenzuwachs ist — von wenigen Salonkommunisten und proletarisierten Idealisten abgesehen — doch wohl in der Hauptsache auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei erfolgt. Wenn sie trotzdem über eine Million neuer Wähler zu sammeln vermochte, so darf man annehmen, daß dieser Zuwachs nicht nur aus der Arbeiterjugend, sondern auch aus den Kreisen stammt, aus denen sich sonst die bürgerlichen Parteien zu rekrutieren pflegen.

Man kann nur wünschen und hoffen, daß diese beiden Pressestimmen im sozialdemokratischen Lager die verdiente Beachtung finden. Die Anschauungen, die hier von der „Deutschen Bergwerkszeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ vertreten werden, wären am stärksten geeignet, die unheilbringenden sozialen Gegensätze, die unser ganzes innerpolitisches und kulturelles Leben beherrschen, zu verringern und einer politischen Zukunft die Wege zu ebnen, in welcher die Sozialdemokratie von seiten der sogenannten „bürgerlichen Parteien“ jene Würdigung und Einschätzung erfährt, die allein imstande sein könnte, den Klassenkampf seiner gefährlichen Begleiterscheinungen zu entkleiden.

Daß in der Deutschen Volkspartei auch andere Strömungen vorhanden sind, weiß man zur Genüge. Doch ist kaum zu glauben, daß in der entscheidenden Stunde diese Strömungen die Oberhand gewinnen werden. Höchst bedeutsam ist die Nachricht, daß auch die Wirtschaftspartei entschlossen sei, sich an der Großen Koalition zu beteiligen. Es liegen Äußerungen aus Hamburg vor, die nicht nur diese Bereitschaft erkennen lassen, sondern auch klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß die Deutsche Wirtschaftspartei von den Deutschnationalen, von der Reaktion und dem Monarchismus abzurücken und sich auf den Boden der Republik zu stellen habe.

Inzwischen gehen hinter den Kulissen die Verhandlungen über die Bildung eines „liberalen Blockes der Mitte“ weiter. Diesem Block würden, wie schon neulich erwähnt wurde, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Bauernpartei angehören. Zusammen würde das 100 Mandate ausmachen. Käme die Große Koalition zustande, so würde die parteipolitische Machtverteilung so aussehen: 152 Sozialdemokraten, 100 Abgeordnete der liberalen Mitte und 61 Abgeordnete der Deutschnationalen verhalten wird, ist einstweilen noch ungeklärt.

Der Streit um Wilna

Die Veröffentlichung der Regierungsbefehle in Litauen, wonach die geplante Verfassungsänderung Gesetz wird und Litauen Wilna als seine offizielle Hauptstadt bezeichnet, hat in Polen eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Wenn auch die umherstreifenden Kriegsgerichte als übertrieben angesehen sind, so kann man doch einen völligen Bruch aller Verhandlungen mit Litauen als sicher annehmen. Die Kommission in Warschau und Berlin, die jetzt ihre Verhandlungen unterbrochen hat, dürfte kaum wieder zusammentreten. „Głos Prawdy“, das Organ Biludzki, sieht darin eine offene Provokation Polens. Das Blatt behauptet, daß der über hinaus auch der Völkervertrag brüskiert worden sei, dessen Beschlüsse von Litauen als nichtbestehend angesehen werden. Das Regierungsorgan „Epoca“ stellt nur fest, daß die Wilnafrage alle Verhandlungsbefestungen zunichte gemacht habe. Die Rechtsblätter fordern die Regierung auf, endlich mit dem Verhandeln Schluss zu machen und energisch gegen Litauen vorzugehen. Strenge bezeichnet in der „Warczawianka“ Litauens Gesetze als einen Völkerverstoß, gegen den nicht nur Polen, sondern auch der Völkerverbund Stellung nehmen müßte.

Wie „Kurjer Polski“ erfährt, wird die polnische Regierung zu der Tatsache, daß die neue litauische Verfassung Wilna zur Hauptstadt des Landes erklärt, erst Stellung nehmen, wenn ihr der authentische Text der neuen Verfassung Litauens vorliegt.

Die Landesarbeitsämter „Südwest“ und „Ost“. Nach Verhandlung mit dem Arbeitsamt Südwest in Stuttgart und Gießen in Frankfurt sind die dem Vorstand der Reichsanstalt eingereichten Vorschläge über die bisher strittige Abgrenzung der beiden Landesarbeitsämter jetzt vom Vorstand der Reichsanstalt genehmigt worden. Der heftige Kreis Heppenheim wurde dem Landesarbeitsamt Südwest angegliedert. Vom Kreis Bensheim kommt der Ort Lampertheim zum badischen Arbeitsnachweis Mannheim.

Die Deutschen in Polen

Deutsche Erklärung im polnischen Sejm

Am zweiten Tage der Budgetgeneraldebatte im polnischen Sejm sprach im Namen der deutschen Fraktion der Fraktionsvorsitzende Eugen Raumann.

Als die gegenwärtige Regierung aus Ruher kam, sei eine neue Ära in der Nationalitätenpolitik angebrochen worden. Leider blieben alle Versprechungen unerfüllt. Unter der systematischen Beiseitenschiebung des Rechtsgebaltens müssen die Deutschen besonders schwer leiden. Raumann erinnerte an die tendenziöse Anwendung des Pressebretts und an die Amtsniederdrücke bei den Sejmwahlen. Bei der Anwendung der Agrarreform würden 10 000 bis 20 000 Hektar große polnische Latifundien geschont, während kleine deutsche Besitztümer auf das Neigut aufgeteilt würden. Raumann beleuchtete ferner ausführlich die Verletzungen der Grenzordnung, die angesichts der darin vorgezeichneten Machtvollkommenheit der Lokalbehörden besonders die deutsche Minderheit benachteilige. Die Freizügigkeit in der Grenzzone sei geradezu illusorisch. Handelsfirmen seien am Besuch ihrer alten Kundenschaft behindert. Handelsangehörige könnten freie Stellen im Grenzgebiet nicht antreten. Einem deutschen Lehrer, der in einer staatlich konfessionierten deutschen Privatschule dort seinen Posten angetreten wollte, sei dies verweigert worden. Auf diese Weise nehme man dem Lehrer die Stelle, den Söhnen deutscher Ansiedler das Erbrecht, deutschen Landjuden die Anwartschaft auf Pargellen der Agrarreform. Raumann erwähnte ferner die Tatsache, daß 15 000 deutsche Kinder allein in Polen und Pomerellen ohne deutsche Schulen seien, schilberte ausführlich die Leiden der deutschen Kolonisten in Böhmen und schloß mit der Erklärung, daß angesichts so vielfacher rechtswidriger Zurücksetzung und Benachteiligung des deutschen Volksteiles die deutsche Fraktion der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könne und gegen das Budget stimmen werde.

die ukrainische Frage

W. W. Barisau, 31. Mai. (Tel.) In der gestrigen Sitzung des Sejms, in der die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt wurde, erklärte der Vorsitzende des neugebildeten nationalukrainischen Klubs, Dymitr Lewizki: Wir fordern die Unabhängigkeit der Ukraine und erstreben die Vereinigung aller ukrainischen Gebiete zu einem einheitlichen Staatswesen. Wir kämpfen dafür mit legalen Mitteln. Als nationale und demokratische Partei verwerfen wir die Dritte Internationale und die kommunistische, wie jede andere Diktatur. Wir lehnen aber auch eine Intervention gegen Sowjet-Rußland ab. Der Fehler der polnischen Regierung ist es, daß sie die ukrainische Frage als innere Angelegenheit Polens behandeln will. Sie ist tatsächlich eine internationale Frage. Wir verweigern dem Staat weder Steuern noch Rekruten, aber wir fordern, daß die Verfassung auch auf uns Anwendung findet, und daß man unsere Schulen, unsere wirtschaftlichen Einrichtungen und unsere Religion achtet.

Aufruf und Einziehung von Noten der Privatnotenbanken

In der nächsten Nummer des Reichsanzeigers wird eine Verordnung über den Aufruf, die Einziehung und die Vernichtung von Noten der Privatnotenbanken veröffentlicht werden. Danach darf der Aufruf und die Einziehung der auf Reichsmark lautenden Noten oder einer Gattung von Noten einer Privatnotenbank nur auf Anordnung oder mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums erfolgen. Die Anordnung erfolgt, wenn ein erheblicher Teil des Umlaufes sich in beschädigtem oder beschmugtem Zustande befindet oder wenn die Zahl der Befugnis zur Notenausgabe verloren hat. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn erhebliche Gründe für den Aufruf und die Einziehung vorliegen, insbesondere, wenn nachgewiesen wird, daß Nachschaffungen der auszurufenden Noten in den Verkehr gebracht sind.

Einschränkung im preussischen Staatsbergbau?

Nachdem infolge der durch den Rheinshiffertreue entstandenen Transportbehinderungen auf den Schachtanlagen der Bergwerke A.-G. Reddinghausen in den letzten Wochen bereits eine Reihe von Teilschichten eingelegt worden ist, verlautet der „Köln. Ztg.“ zufolge von zuverlässiger Stelle, daß zwischen der Verwaltung der Bergwerke A.-G. und dem Gesamtbetriebsrat seit kurzer Zeit Verhandlungen wegen eines von der Verwaltung vorgesehenen erheblichen Abbaus der Leistung schweben, deren Gesamtzahl 2000 eher über- als unter-schreitet. Aus Arbeitnehmerkreisen erfährt das Blatt, daß die Gesamtbetriebsvertretung sich gegenüber dem Plane der Verkleinerung unbedingte ablehnend verhält. Endgültige Entscheidung über die Durchführung der recht erheblichen Betriebsbeschränkungen, bei der es sich um Stilllegung einer größeren Anzahl von weniger ergiebigen Revieren auf einzelnen Schachtanlagen und starke Einschränkungen der Tagesbetriebe handelt, dürfte in einer Aufsichtsratsitzung der Bergwerke A.-G., die in Gegenwart der beiden preussischen Minister der Finanzen und für Handel und Gewerbe in Berlin stattfinden wird, fallen.

Die Zentrumsparlei der Pfalz. Der Vorstand der Zentrumsparlei der Pfalz hielt in Neustadt a. S. eine gut besuchte Sitzung ab, in deren Verlauf eine eingehende Aussprache über die Erfahrungen im Wahlkampf stattfand. Der Gedanke der Einigung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei soll auch weiterhin bei Aufrechterhaltung der eigenen Organisation und Parteilichkeit gepflegt werden. Den nach Berlin und München gesandten Reichstags- bzw. Landtagsabgeordneten wurde der Wunsch mitgegeben, für eine Änderung des Wahlrechts einzutreten, damit das Stimmwahlrecht abgeschafft wird.

Der Fall Jatusowski. Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist dem medienl. Staatsminister, v. Reibnitz, ein Antrag des Kriminalpolizisten v. Dents zugewandten, der s. Z. gemeinsam mit Regiererrat Steubing, dem Chef der Landesstriminalpolizei, die Ermittlungen im Falle Jatusowski geführt hatte. v. Dents bittet, ihm Gelegenheit zu geben, seine früheren Ermittlungen zu vervollständigen. Für den Fall, daß sein Gesuch abgelehnt wird, bittet er, aus der Untersuchung ausgeschlossen und die Gründe seines Rücktritts der Öffentlichkeit mitteilen zu dürfen.

Die Tschechoslowakische Freifahrtzone in Hamburg. Zu Meldungen aus Prag, daß die Verhandlung zwischen der Tschechoslowakischen und Deutschland bezüglich der Hamburger Tschechoslowakischen Freifahrtzone beendet seien, wird aus Berlin gemeldet, daß zwar bei den Besprechungen zwischen dem Staatssekretär v. Schubert und dem Außenminister Dr. Benesch diese Frage kurz berührt worden ist, daß die Verhandlungen aber noch nicht zu Ende geführt worden sind. Man hofft, daß dies in absehbarer Zeit geschehen wird.

Aussperung in Lancashire. In Nelson in Lancashire wurden rund 11000 Baumwollweber ausgesperrt. Der Konflikt ist entstanden, weil 300 Weber zugunsten von entlassenen Angestellten in den Streik getreten waren. Man hofft, daß der Konflikt lokalisiert bleiben wird.

Neue australische Kundgebungen in Südtirol. Mittwoch abend kam es in Serrawo, Eisal und Maria-Theresienstadt zu neuen Kundgebungen gegen Italien. Die Polizei griff ein und zerstreute die Demonstranten. Die Zwischenfälle werden in Wien recht ernst beurteilt. Man kennt das Temperament serbischer Studenten, die tiefe Feindschaft der dal-matinischen Bevölkerung gegen Italien, dessen Vordringen seitens fürchtet man, daß Mussolini nach dem Fehlschlag in Griechenland eine besondere Hartnäckigkeit gegenüber den Südtirolern zeigen werde.

Goldige-Nebe am Memorial Day. Auf dem Schlachtfelde von Gettysburg hielt der amerikanische Präsident Coolidge anlässlich des Memorial Day eine Rede, in der er u. a. ausführte: Das einzige, was wir vor allem für uns selbst und die anderen Nationen wollen, ist die Fortsetzung des Friedens. Der Kriegs-verbammungsvorschlag Kelloggs ist sehr günstig aufgenommen worden. Ich hoffe, daß die Verhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden, daß die Ideale, die Briand und Kellogg leiteten, eine praktische Verwirklichung in einem künftigen allgemeinen Vertrag finden werden, der in der Zukunft den Ausbruch von Kriegen beschränkt.

Kurze Nachrichten

Rückgang des Bierabfahres in München. In München ist gegenüber dem Verbrauch vor dem Kriege der Bierabfah ab um etwa 30 Prozent zurückgegangen. Gegenwärtig kann der Bierverbrauch in München auf etwa 1 876 000 Hektoliter veranschlagt werden, was auf den Kopf der Bevölkerung einen Verbrauch von 202 Liter ergibt. Die Belastung durch die gemeindliche Biersteuer beträgt auf den Kopf der Bevölkerung etwa 4,40 M.

Die Internationale Arbeitskonferenz ist am Mittwoch in Genf zu ihrer 11. Tagung zusammengetreten.

Die finnischen Hafenarbeiter wollen am 2. Juni in den Streik treten. Es werden 12 000 Arbeiter in 29 Häfen betroffen.

Tschitscherin 10 Jahre Außenminister! Die Moskauer Blätter erinnern daran, daß es 10 Jahre sind, seit Tschitscherin den Posten des Volkskommissars für Auswärtiges übernommen hat. Aus diesem Anlaß bringen die Zeitungen Artikel über seine Laufbahn und seine diplomatische Tätigkeit, so besonders auch über seine Teilnahme an den Verhandlungen von Wresch Borstom.

Der Pakt Rom-Angora. Am Dienstag erfolgte in Rom die Unterzeichnung des türkisch-italienischen Paktes. Man betrachtet es in Konstantinopel als einen großen Erfolg der türkischen Diplomatie, daß Italien auf den gleichzeitigen Abschluß eines türkisch-griechischen Paktes verzichtet hat und der Türkei für die vorherige Regelung der griechischen Streitfragen volle Freiheit läßt.

Verschiedenes

Wilkins und Gieseln in Berlin

Auf dem Flughafen des Tempelhofer Feldes zu Berlin traf Mittwoch nachmittag, begleitet von einer Kette von mehreren Flugzeugen, das Interkontinental „D 1000“ mit den beiden Amerikanern, die den Nordpol überflogen haben, ein. Der Flughafen war festlich geschmückt. In dem Fahnenwalde sah man neben der Reichsflagge die amerikanische Flagge. Auf dem Wege zur Empfangstrabüne wurden die Flieger von den zahlreichen Zuschauern begeistert begrüßt. Staatssekretär Zweigert entbot darauf den Fliegern namens der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung den Willkommensgruß. Oberbürgermeister Böß begrüßte die beiden Amerikaner namens der Stadt Berlin. Nach Begrüßungsworten der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten und von Großbritannien sprach im Namen der Internationalen Gesellschaft für Erforschung der Arktis deren Vorsitzender, Prof. Dr. Wegner, der dem Dank Ausdruck gab, daß die Flieger in einem Vortrage über die Ergebnisse ihrer Expedition berichten wollen.

Großfeuer in einer Spinnerei und Weberei

W. W. Lübau (Sachsen), 31. Mai. (Tel.) Die Lagerhallen der Mechanischen Spinnerei und Weberei von Gebr. Müller & Co. m. b. H. in Lübau wurden in der vergangenen Nacht durch Feuer zerstört. In den circa 3000 Quadratmeter großen Räumen verbrannten für ungefähr 400 000 M. Baumwolle, Baumwollabfälle, Anstrichbaumwolle und Wollabfälle. Die Firma wird ihren Betrieb nur teilweise auf kurze Zeit einschränken, jedoch bald wieder voll aufnehmen.

Tornado und Erdbeben in Guatemala

W. W. Guatemala, 31. Mai. (Tel.) Der Bezirk von Reten wurde von einem Tornado heimgesucht. Bei Santo Tomas hat ein Fluß infolge schwerer Regenfälle große Überschwemmungen verursacht. Außerdem ist die ganze Gegend von einem schweren Erdstoß erschüttert worden, der eine Panik unter der Bevölkerung auslöste. Die Pflanzungsunternehmer, die im Bezirk von Reten Gummiplantationskonzessionen haben, befürchten schwere Verluste.

Banditen überfallen einen amerikanischen Automobilklub

W. W. Indianapolis, 31. Mai. (Tel.) Bei einem Bankett und Ball des Automobilklubs von Indianapolis wurden die 200 Festgäste von Banditen überfallen und ausgeplündert. Klubbangehörige veranlagten den Wert der geraubten Juwelen auf 150 000 bis 200 000 Dollar.

Warnung vor dem sogen. „wilden Baden“

Der Beginn der Badezeit gibt Veranlassung, auf die alljährlichen beklagenswerten Opfer des sogenannten „wilden Badens“ hinzuweisen, und vor dem Baden außerhalb der Badeanstalten an verbotenen Stellen eindringlich zu warnen. Alle Eltern und Erzieher sollten die bedauerliche Jugend ausdrücklich auf die besaßigten Badeplätze aufmerksam machen, und auf die großen Gefahren des „wilden Badens“ hinweisen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe

Die von Norden am Otrande des Nordmeeres nach Süden vorgewohene Kaltluft hat die deutschen Mittelgebirge erreicht. Es ist daher auch bei uns mit baldiger Abkühlung zu rechnen. Die Zufuhr kühler Luft aus Norden wird vorerst anhalten, so daß auch morgen kühleres Wetter bevorsteht. Voraussage für Freitag: Wolzig und kühl, höchstens vereinzelt geringe Niederschläge.

Zeitschriftenschau

Im Verlag der Schwäbinger Zeitung erscheint auch diese Jahr die „Schwäbinger Spargelzeitung“ als offizielle Zeitschrift zum Spargelfest. Das 28 Seiten starke, sehr sorgfältig ausgestattete Heft hat wieder einen vierfarbigen Umschlag mit der Titelzeichnung von Heinz Grete. Die Spargelzeitung enthält als offizielle Zeitschrift das ganze Festprogramm der drei Tage (2., 3. und 4. Juni), außerdem einen reichhaltigen Text und Anzeigen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

Der deutsche Textilarbeiterverband hat in einem Gesuch an alle deutschen Parlamente ein Gesetz verlangt, wodurch das sog. „Schiffentücken“ in den Webereien verboten wird. Wohl mit Bezug auf dieses Gesuch ist dem Badischen Landtag folgender Antrag zugegangen: „Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit alsbald ein Gesetz erlassen wird, wonach die Verwendung von Schiffentücken, bei denen beim Weben der Fäden mit dem Rande eingesaugt werden muß, verboten wird.“ Das Schiffentücken wird in Arbeiterkreisen als gesundheitsgefährlich betrachtet, während die Unternehmer die Gefahr nicht für so groß halten. Letztere sind aber bereit, in einer angemessenen Übergangszeit Schiffentücken einzuführen, bei denen das Schiffentücken entbehrlich ist. In England ist das Schiffentücken bereits verboten. Dem Antrag des Berichterstatters auf empfehlende Überweisung wurde einstimmig zugestimmt.

Aber eine Petition des Gemeinderats Mainwangen, der mit der Vereinigung der Gemarkung Madachhof mit Mainwangen unzufrieden ist, ging der Ausschuss zur Tagesordnung über.

Ein Gesuch des Hebammenvereins um Vorlage eines Hebammengesetzes sollte der Regierung zur Kenntnis überwiesen werden.

Es folgte dann eine eingehende Besprechung der dem Landtag vorgelegten Regierungsentscheidung über das Gefängniswesen. Die Deutsches gibt ein ausgezeichnetes Bild über den jetzigen Stand des Gefängniswesens in Baden. Im letzten Jahrzehnt wurden zahlreiche Reformmaßnahmen durchgeführt, um den Strafvollzug möglichst human und individuell zu gestalten. Am 1. Febr. 1928 waren die badischen Gefängnisse insgesamt mit 2519 Gefangenen, bei einer Belegungsfähigkeit für 3773 Gefangene, belegt. Wohl die Hälfte der Gefangenen befindet sich in großen Landesstrafanstalten in Bruchsal, Freiburg und Mannheim, sowie in der Kolonie Ansbach. Im Aufsichtsdienst werden im ganzen 431 Beamte verwendet. Das Gefängniswesen erfordert einen jährlichen Staatszuschuß von rund 2,3 Millionen Reichsmark, doch muß in den nächsten Jahren mit einem namhaften Mehraufwand gerechnet werden, da allerlei bauliche Veränderungen und Verbesserungen nötig sind. Weitaus wurden die bedeutenden Fortschritte in der Gefangenenfürsorge anerkannt.

Wie der Justizminister ausführte, legt die Justizverwaltung größten Wert darauf, daß die angehenden Juristen sich in das Gefängniswesen genügend einführen. Die kommunistische Hetze gegen das badische Gefängniswesen entbehre jeder sachlichen Unterlage. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß man bei allem Verständnis für einen möglichst humanen Strafvollzug in den humanen Bemühungen nicht zu weit gehe, und so hauptsächlich bei den gewohnheitsmäßigen Schwerverbrechern nicht das Gegenteil erziele.

Die Forderung des Berichterstatters Dr. Wolfhard, wonach der Landtag von der Denkschrift Kenntnis nehmen solle, wurde einstimmig angenommen.

Dienstprüfung der Volksschulkandidaten

Am Montag, den 10. September 1928 und den folgenden Tagen wird an der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe eine Dienstprüfung der Volksschulkandidaten abgehalten werden. Zugelassen zu dieser Prüfung werden diejenigen Schulkandidaten und Schulkandidatinnen, welche spätestens am 15. September 1928 unter die Volksschulkandidaten aufgenommen wurden, und bis 15. September 1928 mindestens 2 Jahre im öffentlichen Schuldienst verwendet sind. Gesuche um Zulassung zur Dienstprüfung sind mit den vorgeschriebenen Belegen spätestens bis 25. Juni 1928 beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Dienstprüfung für Fortbildungsschullehrerinnen

In der Zeit vom 22. bis 27. Okt. 1928 findet in Karlsruhe am Fortbildungsschullehrerinnenseminar eine Dienstprüfung für Fortbildungsschullehrerinnen statt.

Die Gesuche um Zulassung sind mit den vorgeschriebenen Angaben und Belegen spätestens bis 10. September d. J. beim Unterrichtsministerium einzureichen. Die gelesenen pädagogischen Schriften sind gesondert anzugeben.

Aufnahme in das Staatstechnikum zum Winterhalbjahr 1928/29

Anmeldungen zum Besuch des Staatstechnikums im bevorstehenden Winterhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juni 1928 an die Direktion der Anstalt schriftlich zu richten. Später einlaufende Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Einbrüche zur Anmeldung werden auf Verlangen kostenlos abgegeben.

Die Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 15., 16. und 17. Oktober 1928 statt. Der Unterricht beginnt Donnerstag, den 18. Oktober 1928, vormittags 10 Uhr mit der Einweisung der Studierenden.

Die Murgtalbahn

Am 1. Juni findet in Schönmünzach auf Einladung der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart eine Besprechung mit den Verkehrsinteressenten über den vorliegenden Entwurf zum Fahrplan für den durchgehenden Verkehr auf der Murgtalbahn statt.

Anläßlich der Eröffnung des durchgehenden Verkehrs Karlsruhe-Karlsruhe-Freudenstadt wird seitens der Reichsbahndirektion Karlsruhe zusammen mit der Reichsbahndirektion Stuttgart ein illustrierter Fahrplanprospekt herausgegeben, der zugleich eine übersichtliche Karte über das Verkehrsgebiet dieses neuen wichtigen Reiseweges im nördlichen Schwarzwald enthalten wird.

Das Interesse der Schweiz an der „Osttraba“

BRN. Basel, 30. Mai. In der ausländischen Presse wurde die Meinung vertreten, als ob das Interesse für die Schweizerische Osttraba nicht groß sei. Aus Kreisen der schweizerischen Sektion der Osttraba läßt sich indes die schweizerische Devisenagentur mitteilen, daß in der Schweiz nach wie vor die Führung der Automobilstraße über Basel nach der italienischen Grenze angestrebt wird. Zeitweise infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen Zürich und Bern entstandene Gegenstände konnten inzwischen überbrückt werden. In allernächster Zeit wird eine Mitgliebersversammlung der Automobilstraße Basel-italienische Grenze stattfinden, die einen Vorstand wählen und die Weiterarbeit fördern wird.

Zum Tode Oscar Gecks

Mit dem Reichstagsabgeordneten Oscar Geck ist einer der bedeutendsten Journalisten Badens dahingegangen. Seine Zeitung, die Mannheimer „Volkstimme“, widmet ihm einen Nachruf, in dem es heißt:

„Oscar Geck war uns und der breiteren Parteigenossenschaft eine geschlossene Dreieinheit von Mensch, Redakteur und Politiker. Kaarlos fast, jedenfalls gegenstandslos fügten sich diese drei Funktionen zu einer selbstständigen Einheit in ihm. Eine unkomplizierte Natur, unzerpalten in sich, geradlinig, fast problemlos: stand er auf festen Beinen in einer festen Welt; je schwankte für ihn nicht, er nicht für sie. Keiner, der je, im Guten sei es, sei es im Bösen, ins Rollenludaisheim zu entschweben in Gefahr stand, oder in phantastische Lande entführt zu werden. Er war allzeit ganz von dieser Erde, in dieses Wortes erstem und letztem Sinne. Ihr verhaftet, ja, hingegeben; aus ihr auch seine Kraft und die Richtung für seinen Willen schöpfend. Von dieser Erde; im besonderen: von dieser badischen, dieser alemannischen Erde; der er entstammte, in seinem Beizen und der er auch sein Bestes gab.“

Das Organ aber — man muß schon von einem Organ, einem Teil seines Leibes, sprechen —, durch das sein politischer Betätigungsort den Weg zur Wirkung suchte und fand, war jahrzehntlang die Feder; daneben seit langem die unmittelbare Mitarbeit im Stadtparlament und seit Ludwig Franks Tode auch im Reichsparlament. Hier hat er rasch die Notwendigkeit der Spezialisierung, der Arbeitsteilung erkannt, und sich einem Gebiet zugewendet, das, der „großen“ Politik scheinbar fern, scheinbar auch schon rein technischer Natur, dennoch mehr und mehr in die Mitte praktischer Wirtschaftspolitik rückte: der **Rechtspolitik**, diesem troden und nüchtern dünkenden Bezirk, der gleichwohl menschlicher Voraussicht, ja, auch der praktischen Phantasie so weiten Spielraum einräumt. Und er hat sich auf diesem Gebiet im Laufe der Jahre nicht nur ein starkes Fachwissen angeeignet, das manchen berufsmäßigen Sachmann beschämen konnte, sondern er hat auch manches darin für seine engere Heimat zu erreichen sich bemüht. Wie er auch seiner Mannheimer Heimatstadt nicht bloß vom Stadtparlament aus, nicht minder auch als Reichstagsabgeordneter zu dienen verstanden hat. Dieser, seiner Heimat war auch seine Feder in erster Linie zugewendet. Die ersten Jahre aus seinen Studien rasch und kurz entschlossen in die journalistische Praxis hinüber springend, als Lokalredakteur, später als Redakteur für badische Politik, die engeren Parteiangelegenheiten und das Feuilleton, das er vor allem und mit Erfolg auf das Niveau des Kulturzeitschriften zu heben vermocht hat.

Und hier, bei seiner Tätigkeit als Redakteur, halten wir im Zentrum seiner Vergabung, im Zentrum auch seiner Leistung. Denn hier gab er sein Stärkstes, hier auch sein Bestes. So ist er, der heute schon auf mehr als 26 Jahre Redaktionsarbeit an der „Volkstimme“ zurückblicken konnte — im Dezember 1928 konnten wir in unserer Blatte seiner damals 25jährigen Tätigkeit an der „Volkstimme“ gedenken —, in sich selbst ein Stück dieser „Volkstimme“ mit ihr aufgewachsen, mit ihr verwachsen seit der Jahrhundertwende bis zu seinem letzten Tag, mit ihr „fast blutmäßig verbunden“ und in ihr Wesen seit langem „eingeschmolzen“, wie wir damals aus dem Anlaß seines Jubiläums, formuliert haben.“

Überzeichnung der Badenwerk-Anleihe

Basel, 31. Mai. Die Zeichnungsrüst auf die Schweizer Franche der 50-Millionen-Franken-Anleihe des Badenwerks in Höhe von 25 Millionen Franken war am getrigen Mittwoch, abgelaufen. Wie wir hören, ist die Anleihe „art überzeichnet“, so daß die Zuteilungen verkürzt werden müssen.

Tagungen

Landesstagung des evangelischen Volksbundes. Über die Pfingstfeiertage fand in Konstanz die Landesstagung des evangelischen Volksbundes für Baden (Verband der evangelischen Volksvereine) statt, die aus allen Teilen des badischen Landes sehr gut besucht war. Als Vertreter der badischen Regierung war Landrat Dr. Füllner, als Vertreter der Stadt Oberbürgermeister Dr. Würde erschienen. Am Pfingstmontag begannen die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Bundesführers Pfarrer Teufel. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 5727. Einen breiten Raum nahmen die Beratungen über den Satzungsentwurf ein, worüber Verwalter Schwarz, Freiburg, Bericht erstattete. Die Vorlandswahlen ergaben die Bestätigung der bisherigen Inhaber.

Lohnbewegungen in Baden

Ende des Lohnstreites in der mittel- und unterbadischen Steinindustrie. Die Parteien haben sich vor dem Landeslichter, Landrat Stehle, geeinigt. Der Gehalt (Steinbauer in Lohnklasse I) erhöht sich von 91 Pf. auf 96 Pf. Die übrigen Löhne berechnen sich nach dem bisherigen Schlüssel. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe hatte 98 Pf. vorgelesen.

Neue Verhandlungen im Rheinschiffahrtstreit. Der Allgemeine Arbeitsverband für die Rheinschiffahrt teilt mit, daß das Reichsarbeitsministerium die am Lohnstreit der Rheinschiffahrt beteiligten Parteien auf heute, Donnerstag, den 31. Mai nach Köln zu einer erneuten Aussprache eingeladen hat.

Aus der Landeshauptstadt

Schlecht besetzte Schnellzüge an Pfingsten. Für den ganzen diesjährigen Pfingstverkehr war bekanntlich auch die kleine Zahl für Sonntagskarten überhaupt seit 15. Mai noch freigegebenen Schnellzüge vollständig gesperrt worden. Die Annahme, daß nun der Pfingstverkehr sich zum vollen Preise auf die Schnellzüge konzentrieren würde, hat sich nicht bestätigt, vielmehr sind gerade in den vom Ausflugsverkehr bevorzugten Gebieten die Schnellzüge nur teilweise besetzt gewesen. Statt dessen waren andere Zugkategorien, vor allem die beschleunigten Personenzüge, in einer Weise überfüllt, die schon nicht mehr angängig war. In einer Zeit — so schreibt die „Freiburger Zeitung“ — wo das Auto auf Weisfretzen in diesem rapiden Maße im Vordanschreiten begriffen ist, stimmt die Rechnung nicht mehr, daß man den Reisefreudigen auf bestimmte der Verwaltung genehme Züge zwingen oder in höhere Klassen zum vollen Fahrpreis nötigen kann.

Neues Postamt in Karlsruhe. Am Freitag, den 1. Juni, wird in der Oststadt, Durlacher Allee 44, ein Postamt eröffnet, das die Bezeichnung „Karlsruhe 6“ führen wird. Es können Sendungen jeder Art ausgeliefert werden. Auch befindet sich dort eine öffentliche Fernsprechzelle. Die Schaltstunden sind von 8 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr festgesetzt.

Große Pferderennen in Karlsruhe. Am Sonntag, den 24. Juni d. J., findet auf dem vortrefflichen Terrain der Karlsruher Rennwiese ein großes Pferderennen des Karlsruher Rennvereins statt, zu dem schon zahlreiche Anmeldungen vorliegen.

Pferderennen in Knielingen. Die Gemeinde Knielingen, die in allernächster Nähe von Karlsruhe liegt, veranstaltet am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr ihr traditionelles Pferderennen. Seit altersher spielen die Pferdezucht und der Pferdehandel in dieser Gemeinde eine große Rolle. Noch bis vor wenigen Jahren zog der Knielinger hoch zu Pferd mit 40—60 Pferden und Jockeys auf die Knielinger Weide. Die Knielinger Pferderennen geben ein gutes Bild über den heutigen Stand der Pferdezucht.

Nachsendung von Postsendungen in der Reisezeit. Allen Personen, die eine Erholungs-, Badereise oder dgl. unternehmen, wird empfohlen, rechtzeitig für die Zeit der Abwesenheit die Nachsendung ihrer Postsendungen bei der zuständigen Postanstalt ihres künftigen Wohnortes zu beantragen und dieser auch die Wohnung im Kurort usw. schon vor der Abreise mitzuteilen, oder, wenn dies nicht möglich ist, sobald die Wohnung bekannt ist. Zu den Nachsendungsaufträgen werden zweckmäßig die besondern Formblätter benutzt, die an den Postämtern und von den Zustellern unentgeltlich abgegeben werden.

Sittlichkeitsverbrechen im Hardtwald. Am 29. Mai abends zwischen 8 und 9 Uhr vergewaltigte ein 47 Jahre alter Mann im Hardtwald eine 27 Jahre alte Näherin, die er kurz zuvor kennengelernt hatte. Er brachte ihr mit einem Rasiermesser schwere Schnittwunden am Hals bei. Die Schwerverletzte wurde von einem Radfahrer aufgefunden, der die Aufnahme ins Krankenhaus veranlaßte. Sie befindet sich jetzt außer Lebensgefahr. Der Wüstling konnte noch in der gleichen Nacht verhaftet werden.

Von der Altbahn geschleift. In der Ettlinger Allee wich der Obermarktmeister Karl Schneider einem ihn überholenden Auto aus, kam dabei aber zu weit nach rechts und wurde von der in gleicher Richtung fahrenden Altbahn erfasst, zu Boden geworfen und 10 bis 15 Meter weit geschleift. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Badisches Landes-theater. Das „Moskauer Jüdische Mademische Theater“, das am Montag, den 4. Juni, im Landes-theater ein einmaliges Gastspiel mit der musikalischen Komödie „200 000“ von Scholom Aleichem veranstaltet, darf nicht verwechselt werden mit der „Cabinah“, die wir in dieser Spielzeit kennenlernten. Während die Sprache dieses Ensembles ein reines Hebräisch war, bedient sich das „Jüdische Mademische Theater“ des Jiddischen, jenes hauptsächlich aus vorbösem Deutsch und brüchigem Hebräisch bestehenden, mit polnischen Wörtern untermischten Jargons, der schon im Mittelalter entstand und sich bis heute unter den Juden Osteuropas als Vulgärsprache erhalten hat. Das Volksstück „200 000“ ist als eine neue Variation auf das alte Thema *Mozers* von dem Spieler, der sich Edelmann dünkt, zu betrachten; es wird hier in den ursprünglich nationalen Farben der jüdischen Komödie dargeboten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Mai		30. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.47	168.81	168.49	168.83
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.05	112.27
Italien 100 L.	22.00	22.34	22.00	22.04
London 1 Pf.	20.382	20.422	20.382	20.422
New York 1 D.	4.1730	4.1810	4.1730	4.1810
Paris 100 Fr.	16.435	16.475	16.435	16.475
Schweiz 100 Fr.	80.45	80.61	80.435	80.595
Wien 100 Schilling	58.725	58.845	58.725	58.845
Brag 100 Kr.	12.37	12.39	12.867	12.887

Badische Girozentrale, Mannheim

Das Institut verzeichnet für 1927 einen Umsatz von Reichsmark 2896 (i. V. 2502) Mill.

Die von dem Institut gewährten öffentlichen Kredite betragen am Jahresabschluss (alles in Mill. Reichsmark) in Nordbaden 16,98, in Mittelbaden 20,64, in Südbaden 17,37, auf 54,94 (i. V. 47,60). Die Beteiligung am Reichskredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaus war am Jahresende 4,15 (2,88), an den Krediten der Rentenbank-Kreditanstalt aus der 1., 2. und 3. Amerikanleihe 0,65, an der Goldbilanzkontokorrentleihe 1,84 Mill. Im kommunalen Giroverkehr waren die Umsätze 449 500 (328 614) Anweisungen über 222,83 (164,32) Mill., im Scheckverkehr 791 466 (585 632) Schecks über 253,75 (194,76) Mill. Der Bestand an Wechseln war 3,33 (4,09) Mill. geringer infolge von Rediskontierungen, das Obligo daraus belief sich auf 0,94 reine Warenwechsel. Finanzwechselbestand 0,85 (unter Darlehen), daneben ist ein Obligo von 0,95 Mill. an Gemeindefwechsel zu erwähnen. Eine vollständige Erledigung der Aufwertung war noch nicht möglich, die Bilanz verzeichnet auf beiden Seiten den vorläufig feststehenden Betrag von RM 0,79 Mill. Die dauernden Beteiligungen haben sich von RM 2,37 auf 2,27 Mill. vermindert (Deutsche Girozentrale Berlin und Öffentl. Lebensverl.-Anstalt für Baden).

Ausgewiesen wird ein Gewinn aus Zinsen und Beteiligungen von RM 1 70,86) Mill., aus Provisionen RM 344 000 (204 000), aus Wertpapieren und Konfortien 44 000 (332 000) — also erheblich vermindert infolge des Kursfalls vom Mai 1927 —, aus Devisen usw. 43 000 (50 000). Dabei ist zu bemerken, daß Konfortialbeteiligungen zu Jahresende noch mit RM 255 000 (i. V. 0) bestanden. Inkosten beanspruchten 976 000 (856 000), Verbandsuntkosten (i. V. RM 87 000) werden nicht mehr ausgewiesen; nach 64 000 (51 000) Abschreibungen bekanntlich RM 394 000 (457 000) als Reingewinn bezeichnet, wovon das Betriebskapital pro rata der Berechtigung mit 5 (i. V. 7 1/2) verzinst wird, der Sicherheitsrücklage RM 80 000 (100 000) zuzufügen und RM 60 000 (0) der Sonderrücklage dieser Zuführungen zuzufügen die Rücklagen auf RM 726 000; die im Vorbericht genannten RM 100 000 bezogen sich auf 1926. I. V. waren noch RM 74 000 (5 Proz. des Goldmarkbetrages) aus dem Reingewinn zur weiteren Aufwertung des alten Betriebskapitals verwendet worden.

Aus der Bilanz (alles in RM Mill.): Betriebskapital 8,54 (5,03) — bis Jahresabschluss noch nicht Einbezahlt ist mit 0,85 (0,03) unter Forderungen ausgewiesen —, Gläubiger 75,75 (61,53), Bad. Kommunal-Goldanleihe 10 (wie i. V.), Nachschußpflicht auf Beteiligungen (Öffentl. Lebensverl. f. Baden) unv. 0,36. Unter den Gläubigern befanden sich 5,73 (5,46) öff. Kantontaliten, 3,16 (0,93) Banken, ferner 14,07 (13,39) 7-tägige, 35,76 (34,09) 1—12wöchige, 10,08 (2,82) nach 3 Monaten fällige provisionsfreie Einlagen und 6,94 (4,83), Tilgungsanleihen. Andererseits: Guthaben bei Noten- u. m. Banken 0,69 (0,34), Wechsel 3,33 (4,09), Bankguthaben 1,56 (2,88), Darlehen gegen Interpfand 0,19 (0,96), eigene Wertpapiere 5 (3,43), Außenstände bei Sparfassen 7,69, bei Gemeinde- und Staatskassen 1,52, bei sonstigen Debitoren 8,57, auf 17,78 (13,29), Darlehen kurzfristig 32,14 (28,07), langfristig 12,31 (0,25) und Tilgungsdarlehen 16,91 (12,80); dauernde Beteiligungen f. o. 2,27 (2,37).

Der Gesamtbetrag der fremden Mittel war RM 75,7 (61,5) Mill.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. In Pforzheim wurde der bisherige Bürgermeister Streng mit 61 von 72 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die Sozialdemokraten hatten sich der Abstimmung enthalten. — In Tiefenbrunn bei Pforzheim wurde der bisherige Bürgermeister Karl Wild mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt. — In Schilberg bei Ettlingen ist der Bürgermeister Wilhelm Decht mit 210 Stimmen wiedergewählt worden. — In Lichtenau, Amt Kehl, stimmten von 690 Wahlberechtigten 529 ab, und zwar für den bisherigen Bürgermeister Karl Zimmermann, der somit zum drittenmal gewählt ist. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. — Im benachbarten Scherzheim wurde der bisherige Bürgermeister Johann Kieng wiedergewählt. Er erhielt 199 Stimmen, der Gegenkandidat Georg Kahl 180 Stimmen. — In Oberuhldingen wurde der bisherige Bürgermeister Hofmann fast einstimmig wiedergewählt, ebenso wurde wiedergewählt in Stetten a. L. M. der bisherige Bürgermeister, in Unteruhldingen der bisherige Bürgermeister Gulhav Sulger. — In Eichenbüchel bei Müllheim kam es wegen der Zerplitterung der Stimmen zu keiner Wahl. Es hatten ungefähr 50 Proz. der Wahlberechtigten abgestimmt. Es muß eine zweite Bürgermeisterwahl folgen. — In Bollschweil bei Staufen erhielt der bisherige Bürgermeister Schneider 140 Stimmen, die beiden anderen Kandidaten 88 und 61 Stimmen, so daß noch ein zweiter Wahlgang folgen muß. — In Wenden bei Bombdorf wurde der bisherige Bürgermeister Karl Pfele, der seit 1919 Gemeindevorstand war, mit Stimmenmehrheit wiedergewählt. — Auch in Inglekofen, Kreis Waldsüt, wurde der bisherige Bürgermeister Pius Wächle wiedergewählt. Der Gewählte ist seit 31 Jahren im Gemeinbedienst, davon 11 Jahre Bürgermeister.

Der Umlagebedarf des Kreises Mannheim für das Rechnungsjahr 1928 beträgt 855 000 M. Es müssen also 15,18 Prozent wie im Vorjahre erhoben werden. Der dann noch verbleibende Fehlbetrag von 13 470 M wird voraussichtlich aus Steuernachträgen gedeckt werden können.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 31. Mai. Das große Schöffengericht wollte gestern gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straßer verhandeln, der aber nicht erschienen war. Straßer soll in einer Versammlung in Weinheim sich über die Reichsfarben abfällig geäußert haben.

Schwellingen, 31. Mai. Wie bereits mitgeteilt wurde, findet vom 2. bis 4. Juni, als Ehrenfest der berühmten Spargel- und Schloßgartenstadt Schwellingen, ein Spargelfest mit historischem Festzug aus der Zeit Carl Theodors, einer badischen Spargelausstellung, Theateraufführungen und Schloßgartenilluminationen statt. Nach den vorliegenden Anmeldungen von über 200 Vereinen ist mit einem Massenbesuch zu rechnen. Die Spargelausstellung, für die über 100 Aussteller angemeldet sind, gibt eine umfassende Spargelprodukt- und Werkschau. Der historische Festzug, der sticht durchgeführt wird, verspricht eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges zu werden. Insgesamt umfaßt er 41 Gruppen, 18 Wagen und fast 500 wirkende. Am Montag wird das Kinderfest seine alte Anziehungskraft nicht verlieren.

D3. Baden-Baden, 30. Mai. Nachdem die Postautolinie Bühl-Eisenthal-Neuweiler in Betrieb genommen ist, sollen die Vorarbeiten auf der Strecke über Gallenbach (Wahnbühl) so beschleunigt werden, daß Mitte Juli der Postautobetrieb bis Baden-Baden durchgeführt werden kann; damit wären die idyllisch gelegenen Nebgemeinden mit unserer Vädertadt wie auch mit der Stadt Bahl durch eine Kraftwagenlinie verbunden, von der man sich nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung dieses schönen mittelbadischen Gebietes, sondern auch eine bedeutende Hebung des Fremdenverkehrs verspricht.

D3. Vom Heuberg, 30. Mai. Die Heubergbahn, die am Fuße des westlichen Teiles des Heubergs von Spaichingen über Wehingen nach Reichenbach führt, wurde Ende vergangener Woche feierlich eingeweiht. Die zirka 18 Kilometer lange Strecke führt durch eine landschaftlich hervorragende Gegend über zahlreiche Kunstbauten.

Wd. Friedrichshafen, 31. Mai. Der Besuch des feiner Vollendung entgegengehenden neuen Zeppelinluftschiffes LZ. 127 an den Pfingsttagen hatte 17 000 bis 18 000 Personen aufzuweisen.

Wd. Münstadt, 30. Mai. Wie sich jetzt übersehen läßt, sind die Frostschäden in den pfälzischen Weinbergen viel erheblicher, als man zunächst angenommen hatte. Sie dürften sich in einzelnen Gemarkungen auf 80 bis 100 Prozent stellen. Die Weinbergsanlagen in der Ebene haben stärker gelitten als die Höhenanlagen. Ganz verschont blieb überhaupt keine Weinbaugemarkung in der Pfalz. Am stärksten sind die Beschädigungen an Amerikanerreben. In den Gemarkungen von Albersweiler und Wirlenweiler übertrifft der Schaden bei weitem den vom Jahre 1926. Ganze Gewanne sind restlos vernichtet, nicht die geringste Ernte ist zu erwarten.

Staatsanzeiger

Dem Arbeiterfamulantenbund, Kreis 17, Baden, wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sachlotterie erteilt. Karlsruhe, den 29. Mai 1928.

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Der Kolonialausstellung Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 29. Mai 1928.

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Forstliche Fachprüfung 1928

Auf Grund der im Monat April d. J. abgehaltenen Fachprüfung im Forstfach sind zu Forstreferendaren ernannt worden:

Bechtold Hippolyt von Saarburg, Becker Willi von Rinschheim, Jungmans Albert von Baden-Baden, Kettner Hans von Karlsruhe, Offner Herbert von Konstanz, Sachs Walter von Lahr, und Scherb Kurt von Freiburg.

Karlsruhe, den 22. Mai 1928.

Der Finanzminister
Dr. Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Anton Hubbuch in Schweighausen, Amt Lahr.

Ministerium der Finanzen

In den Ruhestand versetzt:

Regierungsbaumeister Karl Freyß beim Finanzministerium.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Gewerbelehrer Adolf Zimmermann von der Gewerbeschule in Heidelberg an diejenige in Waldbrunn.

Extra billige Preise
für Sommerstoffe

Leipheimer & Mende

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus

Heute Donnerstag, den 31. Mai, letzte Vorführung
„Almenrausch und Edelweiß“

Freitag, den 1. Juni, Samstag, den 2. Juni und Mittwoch,
den 6. Juni, 20.15 Uhr — Samstag und Mittwoch auch
16 Uhr — Sonntag, den 3. Juni nur 16 Uhr

„Mensch unter Menschen“

(Les misérables)

I. Teil

Ein Film der Menschlichkeit und Nächstenliebe nach dem Roman von Victor Hugo

Musikbegleitung

Jugendliche unter 12 Jahren haben keinen Zutritt

Preise und Ermäßigungen wie üblich

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. und Büro, Beierheimer Allee 10

Achtung! Achtung! Ihre Körperbatterie!

Der menschliche Körper befindet sich oft in gleicher Verfassung wie eine Batterie, deren elektrische Energien fast verbraucht sind durch andauernde Leistungen. Das Weitblickende wird für die Auffüllung seiner Körperbatterie sorgen, bevor sie völlig erschöpft ist und gerade im entscheidenden Augenblick versagt. Prüfen Sie darum, ob Ihr Körper nicht gerade jetzt nach einer Anreicherung mit neuen Lebensenergien verlangt. Die Kraftquelle, die Ihren müden Körper mit Energien speist und ihm neue Lebenskraft gibt, ist „Chemiker Sybels Hefekur“. Machen Sie einen Versuch. Sie werden für diese Anregung dankbar sein. Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstrasse. Engel-Drogerie, Werderpl. 44. Drogerie Vetter, Zirkel 15.

Die polizeiliche Meldestelle.

Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Bahnbüro am

Samstag, den 2. Juni 1928

geschloffen.

Karlsruhe, den 25. Mai 1928.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Les Bücher
Wissen zu Macht!

Lichtbilder - Vortrag

„Die Deutsche Automobilindustrie,
ihre volkswirtschaftliche, technische u. sportliche Bedeutung“

Am Donnerstag, den 31. Mai 1928, abends 8 Uhr
spricht im Neuen Maschinenbau-Hörsaal der Technischen
Hochschule, Kaiserstraße

Schriftsteller Wilhelm Conrad Gomoll

Der Eintritt ist frei!

Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung des Themas
wird um zahlreichen Besuch gebeten!

Reichsverband der Automobilindustrie
E. V., Berlin

Verein Deutscher Ingenieure
Karlsruher Bezirksverein
Karlsruhe

637

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)

G. m. b. H.

KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

COLOSSEUM

täglich abends 8 Uhr

Revue

Große

Kleinigkeiten

32 Bilder v. Rolf Räder

ca. 50 Mitwirkende.



Nachfrage

kommt die Schwester
nochmals z. Supinator

Fuß - Untersuchung

auf einige Tage

Benützen Sie darum die

Gelegenheit ab

Mittwoch, den 30. Mai

Reformhaus

O. Hanisch

32 Kaiserstr. 32

Rechtzeitige 648

Anmeldungen erwünscht

Badisches Landestheater

Freitag, 1. Juni 1928

Sollsbühne 9

Ellom

von Molnar

In Szene gesetzt von

Felix Baumbach

Leitgeb

Vertam

Marie

Mademacher

Frau Muscat

Ermarth

Luise

Quaifer

Frau Hollunder

Ziegler

Hiscur

Wranb

Hollunder

Graf

Weißfeld

Kloebke

Drechsler

Gemmede

Ringmann

Schulze

Stadthauptmann

Berg

Rekovic

Schneider

Polizeikommissar

Höder

Schupmann

Wegner

Berittene Polizisten

Prüter

Kuhne

Polizist

von der Trend

Prüter, Kuhne

Arzt

Kienischer

Dr. Reich

von der Trend

Kadár

Müller

Anfang 19 1/2 Ende nach 22

I. Rang und I. Sperrst

5 Mk

Plätze aller Preiskategorien

sind für den allgemeinen

Verkauf freigegeben

Sa. 2. Juni: Aufführung

Die Herzogin von Padua

So. 3. Juni: Bohemien

Im Koncert: Der Heger